

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

231 (3.10.1917)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 90 S., 1/2jährl. 2,70 M., Beleghe durch unsere Träger 1 M., bezw. 2 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durch d. Feldpost 1,05 M. bezw. 3,06 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spelt. Kolonelleute od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe.

Die siebente Kriegsanleihe.

Von Wilhelm Keil.

S. A. K. Die Vorbereitung für die siebente deutsche Kriegsanleihe hat begonnen. Die Zeichnungsfrist dauert bis zum 18. Oktober. Die Zeichnungsbedingungen sind bekannt. In den Werbeanrufen, die alle deutschen Zeitungen vom extremsten konserverativen bis zum extremsten Organ der Unabhängigen Sozialisten veröffentlicht, werden sie im einzelnen dargelegt. Die Reichsbank hat ihren gut wirkenden Apparat in Tätigkeit gesetzt. Die Privatbanken stehen ihr zur Seite, machen an verfügbaren eigenen Mitteln so viel frei wie nur irgend möglich, ermuntern ihre Kundenschaft, bis zur Grenze des Möglichen zu gehen, erleichtern Zeichnung und Einzahlung. Die Sparkassen und Postanstalten stellen sich gleichfalls in den Dienst der Mittelbeschaffung für das Reich. In der Aufführungs- und Verbearbeitung beteiligen sich neben der Presse Staatsmänner und Politiker, Finanzmänner, Gelehrte, Dichter, Industrielle, Kaufleute, Beamte, Handwerker, Arbeiter, Zivill und Militär. Viel Unklarheit, viele Mißverständnisse, Unsicherheiten, Vorurteile sind aus dem Wege zu räumen.

Diese Arbeit ist bei den vorangegangenen sechs Kriegsanleihen im allgemeinen in soliden jachlichen Formen, die Vertrauen erwecken, geleistet worden. Möge es auch diesmal so sein. Bei einem Betrieb dieses Umfangs bleiben auch Fehltritte nicht aus. Ein solcher Fehltritt war es, wenn bei der Vorbereitung für die sechste Kriegsanleihe bei manchen Truppenteilen in der Garnison wie im Felde der Einfluß und die Machtvollkommenheit des Vorgesetzten dazu benutzt wurde, den Untergebenen mit mehr oder weniger launhaftem Druck zum Zeichnen von Kriegsanleihen zu bewegen. Beeinträchtigt man die Freiheit der Selbstentscheidung, so kann leicht das Gegenteil des gewollten Zweckes erreicht werden. Umwille, Mißtrauen wird geweckt. Beim Militär muß das besonders beachtet werden. Die unbedingte Unterordnung, die der Soldat seinem Vorgesetzten schuldig ist, darf in keiner Weise dazu dienen, den Soldat wider seine Neigung zum Zeichnen von Kriegsanleihen zu bestimmen. Es handelt sich um eine Privatangelegenheit. Keinerlei dienstliche Vorteile dürfen dem Zeichnenden gewährt, keinerlei Nachteile dem Nichtzeichnenden zugefügt werden. Man übersehe nicht, daß sehr viele Soldaten über keine anderen Mittel verfügen, als über ihre allzu knappe Mannschafslöhning, die sie entweder zur Ergänzung des sehr bescheidenen Unterstützungseinkommens ihrer Angehörigen oder zur Beschaffung von Zusatzlebens- und Genussmitteln verwenden, für die auch in den Kantinen allmählich ganz ungeheuerliche Preise verlangt werden. Ein großer Teil der Soldaten ist also beim besten Willen nicht in der Lage, sich auch nur mit kleinsten Beträgen an der Kriegsanleihe zu beteiligen. Müßten diese Soldaten den Eindruck gewinnen, daß man sie das fühlen läßt, so kann der Schaden, der mit der Verletzung des Rechtsgefühls in der Stimmung der Truppen angedeutet wird, größer sein als der Vorteil ist, der in der Ausbringung eines verhältnismäßig kleinen Betrages an Kriegsanleihe liegt.

Es bedarf auch solcher Mittel nicht, um das deutsche Volk in allen seinen Schichten, auch die Soldaten, die Mittel frei machen können, zur Ausübung aller finanziellen Kräfte zu bewegen. Die Lage ist eine völlig klare. Solange die Kriegslage die Vereinstellung von Kriegskrediten erfordert, müssen diese Kredite naturgemäß auch zur Aufnahme von Anleihen benutzt werden. Wir sehen sogar, daß eine politische Gruppe, die den Krediten im Reichstag ihre Zustimmung verweigert, an der Vorbereitung für die Kriegsanleihe sich beteiligt und daß auch ihre einzelnen Anhänger verfügbare Gelder in Kriegsanleihen anlegen. Es sind das die „Unabhängigen Sozialisten“. Ist ihr Verhalten auch ein sehr widerspruchsvolles, und läßt es die Ablehnung der Kriegskredite erst so recht deutlich als eine sachlich unbegründete leere Demonstration erscheinen, so läßt sich gegen den Wirklichkeitsinn, der in der Unterstützung der Anleihe sich äußert, doch gar nichts einwenden. Solange unsere Heere in Orien und Westen ihre Stellungen verteidigen müssen, müssen auch die Gelder beschafft werden, die ihr schwerer Dienst erfordert. In dem Augenblick, in dem den Soldaten der Lebensunterhalt, die Ausrüstung und Munition nicht mehr geliefert wird, sind sie außerstande, die immer noch gegen Deutschland gerichteten und vorwärts strebenden Heereslinien der Gegner zurückzuhalten. Wer wollte es verantworten, etwa im 4. Kriegsjahr durch eigenes Verschulden den Kriegsgegnern Deutschlands zu ermöglichen, was ihnen in dreijährigen blutigen Kämpfen nicht gelungen ist: das Eindringen in unser Land?

Aufgabe der Regierung und der Volksvertretung ist es, gewissenhaft und klug dahin zu wirken, daß der Krieg keine Stunde länger fortgesetzt wird, als die Haltung der Gegner es notwendig macht. Die Friedensarbeit der Sozialdemokratie hat den Erfolg gehabt, daß eine starke Mehrheit des Reichstags alle überspannten Erörterungsziele abgewiesen und den Gegnern im Namen des deutschen Volkes gesagt hat, sie

sei zu einem Frieden bereit, der eine nationale Demütigung vermeidet und die berechtigten Interessen aller beteiligten Völker achtet. Die Antwort der deutschen Regierung auf die Friedensnote des Papstes ist von diesem Geiste erfüllt. Die Mehrheit des Reichstags wird, so darf man zuversichtlich hoffen, streng darüber wachen, daß die deutsche Friedenspolitik von den einmal gesteckten Richtlinien künftig nicht abweicht. Zwingen uns die Gegner trotz alledem, den Kampf fortzusetzen, so müssen selbstverständlich die nötigen Mittel bereit stehen.

Es kann nicht daran gezweifelt werden, daß die Kriegsanleihe wieder einen großen Erfolg bringen wird. An flüssigen Geldern hat es während des ganzen Krieges in Deutschland nicht gefehlt, es fehlt heute weniger als je daran. Die Schatzkammer, mit denen das Reichskassensystem seinen Tagesbedarf deckt, haben in den letzten Monaten bereitwillig Aufnahme gefunden bei Banken und Großkapitalisten. Daneben haben sogar die einzelstaatlichen Finanzverwaltungen, die während des Krieges auf eigene Anlehensaufnahme zugunsten des Reichs verzichtet, zum Teil sehr namhafte Schuldbeiträge zu verzeichnen gehabt. Die Einlagen bei den Banken haben sich, wie der Reichsbankpräsident Sabersheim in seinem Frankfurter Vortrag betonte, gegen das letzte Friedensjahr verdoppelt, die Einlagen bei den Genossenschaften und Sparkassen sind so hoch wie noch niemals. Ihre Zunahme hat allein bei den Sparkassen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres nicht weniger als 2160 Millionen gegen 1880 und 1425 Millionen in der entsprechenden Zeit der beiden Vorjahre betragen.

Aber werden diese Gelder vertrauensvoll dem Reich überlassen werden? Es wäre töricht, zu glauben, daß ein zinstragendes Kapital bei einer Sparkasse, einer Bank, einem Verein oder irgendwo sicherer angelegt wäre, wie beim Reich. Ränge der „Reichsbankrott“, von dem manche sich unklare Vorstellungen machen, so ginge er an den privaten Geldinstituten, die ihre angesammelten Gelder während des Krieges doch auch dem Reich zur Verfügung stellen, nicht spurlos

vorüber. Es liegt auf der Hand, daß das Reich alle seine Macht einsetzen wird, um seine Gläubiger vor Schaden zu bewahren. Schon der politische Einfluß, den die gewaltige Zahl der Reichsgläubiger ausübt, bürgt dafür. Darum ist auch an eine Sondersteuer auf die Kriegsanleihe, die an sich auch unbegründet wäre, nicht zu denken. Hohe Besteuerungen sind allerdings unvermeidlich, aber sie müssen den Besitz jeder Art, nicht nur den in Reichsanleihe bestehenden, erfassen. Die Besitzer von Reichsanleihe werden bei der Besteuerung wahrscheinlich sogar denselben Vorzug genießen wie bei der Zahlung der Kriegsteuer, daß sie Steuerpflichtigkeit mit Kriegsanleihe, die zum Nennwert angenommen wird, beglichen können. Auch eine etwaige Spekulation darauf, daß bei der Besteuerungsveranlagung ein anderweit angelegtes Kapital leichter versteuert werden könne, als eine Forderung ans Reich, wird fehlschlagen. Die Steuerveranlagung, die immer strenger werden muß, findet Mittel und Wege, den Forderungen der Steuerpflichtigen zu begegnen. Die Sorge, daß nach dem Friedensschluß die Veräußerung von Kriegsanleihe bei dem starken Geldbedarf der Industrie und dem daraus folgenden Andrang der Anleihebesitzer an den Geldmarkt schwer sein werde, wird weggeräumt durch die umfangreichen Vorkehrungen, die die Reichsbank trifft, um auch noch Milliarden zählende Verkaufsanträge annehmen zu können.

Gegenüber seinen Gläubigern hat sich das Reich nie als unzuverlässig erwiesen. Darum kann jeder Kapitalist seine Gelder vertrauensvoll dem Reich überantworten. Er wird es umso mehr tun müssen, weil die Besitzenden am meisten zu verlieren hätten, wenn die Gegner Deutschlands ihr Ziel erreichten. Aber auch die kleinen Ersparnisse, die auf längere Dauer entbehrt werden können, in Kriegsanleihen anzulegen, ist völlig unbedenklich. Die Sicherheit ist nirgends größer, der Zins ist für kein anderes sicheres Papier so hoch wie bei der Reichsanleihe.

Wächte die Hoffnung, daß die siebente zugleich die letzte Kriegsanleihe sein möge, sich als ebenso begründet erweisen wie die auf einen starken Erfolg dieser Anleihe begründet ist.

Neue Fliegerangriffe auf England. Hestige Kämpfe im Westen

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 2. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In der Mitte der flandrischen Front war der Artilleriekampf zwischen Langemarck und Sollebeke mehrfach zu heftigen Trommelfeuerevellen gesteigert.

Morgens entrißen unsere Sturmtruppen den Engländern am Polgen-Walde nördlich der Straße Menin-Ypern in etwa 500 Meter Tiefe Kampfgebiete, das gegen mehrmaligen starken Gegenangriff behauptet wurde. Außer erheblichen Verlusten büßte der Feind Gefangene ein.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Nördlich von Soissons nahm die Kampftätigkeit der Artillerien zu. Vor Verdun war der Feuerkampf im Anschluß an ein erfolgreiches Unternehmen auf dem Oisufer der Maas lebhaft. Bei Bezonvaux brachen morgens Infanterietruppen mit Wionieren bis in die hinteren Linien der französischen Stellung, zerstörten dort die Grabenanlagen und kehrten mit mehr als 100 Gefangenen in die eigene Stellung befehlsgemäß zurück.

Auf dem

Ostlichen Kriegsschauplatz

und an der

Mazedonischen Front

blieb bei geringer Gefechtsstätigkeit die Lage unverändert.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 2. Okt., abends. (W.B. Amtlich.)

In Flandern und vor Verdun mehrfach starker Feuerkampf. Kleine Infanteriekämpfe verliefen für uns erfolgreich.

In letzter Nacht wurden London, Cherneck, Ramsgate und Dover erneut von unseren Fliegern angegriffen.

In Orien nichts Besonderes.

Stegemann zur Kriegslage.

Bern, 2. Okt. Der militärische Mitarbeiter des „Bundes“, Hermann Stegemann, schreibt zur Kriegslage: „Die allge-

meine Kriegslage wird im Augenblick des Geschehens durch die fortgesetzte Offensive der Engländer in Flandern gekennzeichnet. In welchem Maße sie durch dieselbe bestimmt wird, oder ihre ungewisse Bestimmung durch eine Gegenoffensive der Deutschen und Oesterreicher empfängt, muß der Zukunft anheimgestellt werden. Wir möchten indes davor warnen, die fürchtbaren Kriegshandlungen, die augenblicklich vor sich gehen, und die strategischen Absichten, die morgen oder in späteren Tagen aus noch verborgen gehaltenen Operationsplänen ans Licht treten, leicht zu nehmen, weil die Friedenssehnsucht sich allmählich zum Austausch von Friedensmeinungen verdichtet hat. Gerade in diesem Stadium des Krieges können die Gegner noch große Schläge fassen und überraschende Züge tun, um das Ende zu bestimmen, das zudem noch in weiter Ferne liegen kann. Neutrale Länder, die an der Peripherie des Krieges liegen, haben daher doppelter Grund, der wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung volle Aufmerksamkeit zu schenken und sich auf eine weitere Fortsetzung des Krieges und zugleich auf die ungeheure, schwierige Uebergangszeit während der Friedensverhandlungen einzurichten.

Englisches Lob der Unerschütterlichkeit unserer Heimarmee.

Bern, 2. Okt. (W.B. Nicht amtlich.) Der ehemalige Berliner Berichterstatter der „Daily Mail“, Wile, schreibt: In unserem Lande hört man es nicht gern, aber trotzdem ist es absolute Wahrheit, daß der Hauptgrund, daß wir Deutschland noch nicht schlagen konnten, darin liegt, daß hinter seinen Soldaten und Seeleuten die Heimarmee steht, die trotz der zunehmenden Drangsal und der erbarmungslosen Entbehrungen eine geradezu übermenschliche Festigkeit an den Tag legt, um den Wahlspruch „Durchhalten“ zu befolgen. Die Optimisten reden sich ein, daß die deutsche Fähigkeit, Entbehrungen zu ertragen, nicht uner-schöpflich sei, und daß Deutschland im Begriffe stehe, aus den Augen zu gehen. Ich verwendete 38 Monate lang meine ganze Zeit darauf, Beweise für einen deutschen Zusammenbruch vor innen zu ermitteln, muß aber gestehen, daß sie heute ebenso unauffindbar sind wie je. Ich glaube, daß Lloyd Georges Vorhersage von 1915, daß die Alliierten von dem deutschen Kriegsbrotgeist mehr zu befürchten hätten, als vor Hindenburgs Strategie, nie eine ominösere Bedeutung hatte als jetzt.

Die amerikanischen Kriegsteuern.

Washington, 2. Okt. (W.B. Nicht amtlich.) Das Repräsentantenhaus hat ohne Abstimmung das Kriegsteuergesetz zur Erhebung von 2575 Millionen Dollars Steuer angenommen. England hat einen neuen Kredit von 50 Millionen Dollars erhalten.

Seite 8.
men für sofort
t 973
Karlsruhe
of.
1105
Frau
gesucht.
Geld
he 24.
e
hen
14 Jahren
stiftung bei
& Sohn
S. 851
lee 31/33
S
rlente
arbeiten sofort
ht. 1134
Geld
he 24.
stfger
hinist
eintreten
i 1185
Brauerie
lee 15.
stige 1148
chreiner,
reiner,
läger,
offier,
niede,
sfer,
gner,
macher,
öhner,
ntwitt gesucht
r & Barth
erstraße 4.
Karlsruhe.
Muster hier, mit
von hier, Postbe-
berstadt. Leopold
Raffetter von hier.
it Frieda Schwan
ufmann hier, mit
von Dedenpfeum.
Karl Kling von
eth Semmer von
n, Chemiker hier,
anz Werte von
von hier.
Kaufmann. Ver-
kaufmann. Alfons
Edith Anna Wulfe-
schann Engel, Ver-
auptlehrer. Emma
Chemann, 57 J.
t. Luise Gamm
Organ Arbeiterbe-
Et: ed. 66 J.

Die Revolution in Rußland.

Der demokratische Kongreß.

Petersburg, 2. Okt. (Nicht amtlich.) Petersb. Tel.-Ag. In der gestern abgehaltenen Sitzung der demokratischen Konferenz sprachen sich die Vertreter der verschiedenen Organisationen zum Teil für, zum Teil gegen eine Koalition mit den Bürgerfreien aus und legten die Wünsche der Berufsstände, die sie vertreten, dar.

Neue Unruhen in Taschkent.

Petersburg, 2. Okt. (Nicht amtlich.) Petersb. Tel.-Ag. Nach einem Telegramm aus Taschkent hat eine Gruppe politischer Agitatoren sich nach dem Verlassen einer Versammlung als revolutionäres Komitee proklamiert, sich der Gewalt über die Stadt bemächtigt, zwei in der Stadt liegende Regimenter auf ihre Seite gezogen und erklärt, die vorläufige Regierung nicht mehr anzuerkennen. Die muslimanische Bevölkerung billigt dieses Vorgehen nicht, und ist bereit, ihm Widerstand entgegenzusetzen. Sie wird dabei von den Schülern der Militärschulen unterstützt, die die Festung Taschkent besetzt haben. Alles dies macht den Ausbruch blutiger Unruhen wahrscheinlich. Ein telegraphisch abgefaßtes Ultimatum der vorläufigen Regierung, das Unterwerfung forderte, wurde von den Liberalen zurückgewiesen. Heute abend hat die vorläufige Regierung eine Erklärung veröffentlicht, in der sie mitteilt, daß sie den Kommandanten der Truppen des Bezirks Kasan, Korovitschenko, zum Generalgouverneur von Turkestan ernannt und genügend Truppen zu seiner Verfügung gestellt hat, um die Unruhen mit Gewalt zu unterdrücken.

Aus der Partei.

Die „Neue Zeit“

wird ab 1. Oktober von dem Genossen C u n o w redigiert werden, nachdem der Parteivorstand der bisherigen Redaktion auf 31. Dezember gekündigt hatte. K a u t s k y, der langjährige Redakteur der „Neuen Zeit“, veröffentlicht in der „Leipz. Volkszeitung“ einen längeren Artikel, in welchem er den Parteivorstand wegen seines Vorgehens sehr scharf angreift.

Man sollte in diesen durch die Parteispaltung notwendig gewordenen Dingen u. E. die moralische Entzweiung aus dem Spiele lassen. Es geht doch nicht, daß der Angehörige einer anderen Partei ein Organ der sozialdemokratischen Partei redigiert. Die „Unabhängigen“ würden im umgekehrten Falle ebenso handeln. Die Vorgänge sind an sich sehr bedauerlich, aber nachdem die Parteispaltung erfolgt war, liegen sie sich nicht mehr umgehen.

Die „Neue Zeit“ hatte ihren Einfluß übrigens längst eingebüßt. Offenlich wird ihre durch die neue Redaktion wieder Leben eingehaucht.

Ausland.

Rücktritt des schwedischen Ministeriums.

Stockholm, 2. Okt. (Nicht amtlich.) Das Ministerium hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Der König forderte die Minister auf, vorläufig im Amte zu bleiben, bis das Gesuch geprüft sei.

Neuwahlen in Finnland.

Helsingfors, 2. Okt. (Nicht amtlich.) Petersb. Tel.-Ag. Gestern haben die Neuwahlen zum Landtage begonnen.

Die nächsten Aufgaben der Partei.

Finanzpolitik.

Auszug aus dem Referat von W. Keil.

II.

Werden nun durch Kriegsgewinn- und allgemeine Vermögensabgabe wirklich im ganzen 50 Milliarden Mark Schulden getilgt, so bleibt die Zins- und Tilgungspflicht für die anderen 50 Milliarden bestehen, dazu die Verpflichtungen gegenüber den Opfern des Krieges. Etwa 7 Milliarden werden dann noch an laufenden Mehreinnahmen nötig sein. Es ist unmöglich, eine solche Summe aufzubringen, ohne die direkten Steuern im großen Umfang in den Dienst des Reiches zu stellen. Die Kapitalbildung wird als Vorbedingung des wirtschaftlichen Fortschritts auch von uns anerkannt, sie darf aber, zumal unter den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen, nicht gefördert werden durch Schonung der am gerechtesten wirkenden Steuerarten, sondern durch eine scharfe Ausgestaltung derselben, die den unwirtschaftlichen Luxusverehrern der Besitzenden einzuschränken geeignet ist. Die Bundesstaaten müssen ihren Widerstand gegen die Vorforderung des Reiches an den direkten Steuern aufgeben. Den Bundesstaaten sollen ihre Einnahmen aus diesen Steuern nicht gekürzt werden, sie müssen aber gestatten, daß an den zu erweiternden Quellen neben ihnen auch das Reich schöpft. Notwendig ist ein Reichseinkommens- und ein Reichsvermögenssteuergesetz. Wird die Veranlagung der beiden Steuern auf eine einheitliche Grundlage gestellt, so bedeutet das eine Kräfteersparnis, da nicht mehr Gesetze, die demselben Zweck dienen, durch 23 einzelstaatliche Gesetzgebungsapparate hindurchgeschleppt werden müssen, und es kommen die sozialen Gesichtspunkte, die zu beachten sind, einheitlich im ganzen Deutschen Reich zur Geltung. Da das Reich eine wirtschaftliche Einheit darstellt, ist auch eine einheitliche Gestaltung des Steuerrechts erwünscht. Verbleibt den Bundesstaaten das Recht der Erhebung beliebig hoher Quoten der Einkommens- und Vermögenssteuer, so können sie an ihrem Steuerhoheitsrecht nichts ein. Aus der Einkommenssteuer läßt sich für das Reich ein Ertrag von einer Milliarde herausheben, ohne daß den Bundesstaaten diese Steuerquelle abgezogen werden würde. Derselbe Ertrag kann bei einem durchschnittlichen Steuersatz von 5 vom Tausend oder 10 vom Hundert des Ertrages aus der Vermögenssteuer dem Reich zugeführt werden. Dazu ist aber ein progressiver Ausbau der Vermögenssteuer, die zurzeit in allen Bundesstaaten, die eine solche Steuer erheben, proportional gestaltet ist, erforderlich. Auch die Progression der Einkommenssteuer ist einer Neuordnung zu unterziehen, die dem Schutz der organischen Arbeitsträger, der Förderung der Volkvermehrung und der Ein-

schränkung des Luxusaufwandes dient. Es kann sich fragen, ob nicht um der Vereinfachung willen die Steuer vom Vermögen einschließlich der Steuer vom Vermögenszuwachs, die das Reich schon erhebt, dem Reich allein vorbehalten werden soll.

Auf dem Gebiet der Erbschaftsbesteuerung besteht heute schon die rechtliche Ordnung, die für die Einkommens- und Vermögensbesteuerung zu erstreben ist. Wir haben ein Reichserbschaftsteuergesetz. Der Steuerertrag fließt zu vier Fünftel dem Reich zu, den Bundesstaaten ist die Erhebung von Zuschlägen gestattet. Aber die Erbschaftsteuer befindet sich noch im Zustande des Embryo. In Deutschland entfiel 1911 an Erbschaftsteuer auf den Kopf der Bevölkerung 0,95 Mark, in England 11,66 Mark. England aber hat die Erbschaftsteuer schon während des Krieges noch weiter verschärft. An der im Reichstag während des Krieges von unserer Fraktion wiederholt erhobenen Forderung, die Erbschaftsteuer ertragsfähiger zu gestalten, ist festzuhalten. Die Steuerfreiheit der Abkömmlinge und Ehegatten muß fallen, die Steuererträge müssen für alle Verwandtschaftsgrade erhöht und nicht nur nach der Höhe der Erbschaft, sondern auch nach dem Gesamtvermögen des Erbenden gesteigert werden, das Alleinerbende des Reiches bei den entferntesten Verwandtschaftsgraden und das Miterbende des Reiches bei keiner Kinderzahl muß eingeführt werden.

Die weiteren Steuern zur Befestigung des Besitzes, die von bürgerlicher Seite empfohlen werden, wie die Mehrverbrauchs- und Einkommenssteuer, die als Gegengewicht gegen die Vermögenszuwachssteuer dienen soll, die Dividenden-, Zinsen-, Emissionssteuer, die Besteuerung löslicher Gold-, Perlen- und Juwelenschatzums, verdienen gewissenhaft geprüft zu werden. Zu einer grundsätzlichen Ablehnung derselben liegt kein Anlaß vor. Die schematische Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern kann nicht richtiggebend für unsere Steuerpolitik sein. Die Erhebungsform ist nicht entscheidend für die Frage, wer die Steuer trägt. Aber man darf nicht vergessen, daß Steuern dieser Art immer nur sehr bescheidene Erträge liefern werden. Sie dürfen daher nicht als Ersatz für die allgemeinen Besteuerungen, sondern nur zu deren Ergänzung dienen. Wichtiggebend für die Steuerpolitik der Sozialdemokratie muß der Gesichtspunkt sein, die Lebenshaltung der breiten Massen nicht herabdrücken zu lassen. In der Steuerpolitik ist acht darauf zu geben, daß die Güterproduktion nicht auf Kosten der Menschenproduktion vor sich geht. Von der Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterklasse hängt es weitgehend ab, ob Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt wieder erlangt.

Deutsches Reich.

Abermalige Steigerung der Kohlenpreise.

Saarbrücken, 2. Okt. (Nicht amtlich.) Die Kgl. Bergwerksdirektion erhöhte die Richtpreise ab 1. Oktober um 2,1 Mk. für die Tonne, einschließlich der Kohlensteuer.

Rigaer Gespräche.

I. Beim deutschen Pastor.

Zuerst ist der Pastor nicht zu Hause, sondern nur seine Frau. Sie liegt lebend auf dem Sofa, und zwei schlafende Kinder stehen bei ihr und sehen mit großen Augen auf den Fremden. Sie hat die Kriegsbücher des Schwärmers Chamberlans gelesen — Kontenrolle über Schweden — sie schwärmt für Schiller und Hindenburg. Bis in die Fingerspitzen interessiert — vernimmt sie jede Kleinigkeit aus dem großen Bruderland, von dem sie bis vor wenigen Tagen durch eine Mauer getrennt war.

Dann tritt der Pastor ein. Er war vor 4 Wochen noch in Sibirien zwei Jahre lang verbannt. Er schimpft auf Rußland, das alte und neue, auf seine Charakterlosigkeit, seinen Mangel an Kontinuität in Handeln und Bestimmung. „Niemand werden Sie Rußland begreifen. Wir haben das mit tiefem Schmerz aus all dem gesehen, was Sie im letzten halben Jahre Rußland gegenüber getan. Mit der Logik des Westens denken Sie, daß Rußland ein Mann ist. Aber es ist ein Weib — und dazu ein hysterisches.“ Die Frau des Pastors lächelt. Dann muß ich von Deutschland erzählen. Von den beschlagnahmten Kirchengeldern, von den Massenverhaftungen in Hamburg und den Kämpfen um Verdun.

Die baltischen Pastoren sind wohlhabende Leute — auf dem Lande, Gutbesitzer. In Riga — das Pastorat der Petrikirche ist ein Palast mit elektrischem Aufzug, gebaut von keinem anderen als Henry von de Welde, aus Weimar. Wie die Barone, die Kaufleute, sind auch die baltischen Pastoren ein Herrenvolk — nicht Kleinbürgerlich wie in Deutschland, sondern die meisten voll vornehmer alter Herrenkultur. Jahrhundertlang konnte kein Lette Pastor werden und noch heute amirieren in der protestantischen Lettischen Kirche über 50 vom Hundert deutsche Pastoren. Das mangelnde kirchliche Interesse des Letten wird von den Vätern sehr einfach mit einem natürlichen religiösen Defekt erklärt. Kluge Letten aber meinen, daß das frächtige und herrsche Geschlecht der baltischen Gutsparren von ehedem nicht schuldlos an ihm sei.

Ein zweiter Pfarrer erscheint — mit seiner Frau, einer Russin aus der Gegend von Rinsk — und mit einer baltischen Baronin, deren Sohn in Potsdam dient. Wir sitzen um den Tisch, auf dem die Teemachine jumpt. Und zuerst haben die Frauen das Wort und erzählen von den „furchtbaren Jahren“, die hinter ihnen liegen. Viele Familien auseinandergerissen — der Vater in Sibirien — der eine Sohn auf russischer, der andere auf deutscher Erde. Den ganzen Tag in Angst vor irgend einer Denunziation — wenn das lettische Dienstmädchen hingung und sagte, daß man zu Hause deutsch spräche, wanderte man nach Sibirien. Keine Zeitung mehr, keine deutschen Lieber. Grundlose und geheimnistolle Deportationen — plötzliche Grohmittigkeiten — ungehaltene Verprechungen — ein echt russisches Hin und Her. — Dann der Wirbel der Revolution. Zuerst einige Erleichterungen — aber dann derselbe Druck, dieselbe Ungeheuerheit. Streiks der Arbeiter, Streiks der Kaufleute, Streiks der Dienstmädchen. Wenn man einen Dienstmädchen kündigen wollte, mußte man zuerst vor den Arbeiterat. Und dann die letzte Nacht. Die abziehenden Soldaten warfen mit Handgranaten in die Lebensmittelgeschäfte. Als sie weg waren, begann das Plündern der Frauen und Männer. Ein gutmütiger Beamter gab die Vorräte eines Probiantmagazins frei. Das war das Signal. Die Läden wurden geplündert. Es waren auch gut angelegene Frauen dabei. Man sah Kinder in Spinnwebhüten — zerlumpte Männer mit Windeln von Sonnenstrahlen. Gegen Mittag begann man in die Privathäuser zu dringen. „Es war furchtbar“, meinte die Baronin — und wenn Sie nicht so schnell gekommen wären, hätten die Letten uns alle er-

mordet.“ — Ich höre ungläubig zu — und denke an die Tausend Toten in Flandern und an die Unglücklichen von Saint Quentin und Billy Montigny — und finde, daß die Lage der Letten hier hart war, aber daß der bitterste Kelch des Leidens noch fern an ihnen vorüberging.

Die Pastoren wollen wieder politisieren. „Was soll aus Riga werden?“ — „Natürlich eine deutsche Stadt.“ — „Sie meinen, wir würden uns dadurch ewig mit Rußland verfeinden? Nichts falscher als das. Sie kennen Rußland nicht. Der Russe ist kein Franzose. Wenn Sie ihm alles wieder herausgäßen, würde er Sie als einen Schwächling betrachten. Denn es geht in seinen russischen Schädel, daß Sie auf den Sieg verzichten, außer wenn Sie sich schwach fühlen. Sie müssen bedenken, daß der Russe im Grunde den Deutschen verachtet — nicht haßt — nein, verachtet. Sie wissen das aus der russischen Literatur. Wenn Sie die letzten drei Jahre hier erlebt hätten, würden Sie es mit Händen greifen. Solange Sie uns schlugen, wurden Sie geliebt, aber sobald Sie uns in Ruhe liegen, wurden Sie verachtet. Das ist die Wahrheit — und nicht übertrieben.“ Ich verachte hier einen Zweifler und da eine Emwendung. Aber die Pastoren waren ihrer Sache ganz sicher. Die Baronin sagte, daß ihr Bruder aus Kasan daselbst jenseit. — Und auch die schwarzhaarige Russin, die ihrem Mann zuliebe ihre Kinder verlassen hatte, nickte mit dem Kopf.

Es gibt sicher zahlreiche kluge Köpfe unter diesen baltischen Pastoren. Der russische Druck von oben, der Lettische von unten hat ihnen von Jugend auf viel politischen Sinn eingebläht. Aber fädelnd sind sie Partei in dem großen deutsch-russischen Streit. Das wissen sie. Wir sind zu hart gerieben, um objektiv zu sein.“ Auf baltischen Schloßern, in baltischen Pastorenhäusern würde man jeden Frieden mit England, jeden, auch den dauernden Druck mit Rußland gern in Kauf nehmen. Aber Mütterchen Deutschland ist groß. Wenn es Frieden macht, muß es an alle seine Kinder denken. Die Klagen der Letten sind nun vernommen. Nicht nur die Barone, sondern auch die Bürger haben gesprochen. Die Zukunft ist dunkel. Aber wenn über Kurland und Riga die Fahne der Freiheit weht, dann würde Freude sein — nicht nur bei den Letten.

II. Beim lettischen Bürgermeister.

Dies war über zwei Jahre lang der Bürgermeister Nigas, nachdem der deutsche bei Kriegsausbruch seinen Posten verlassen mußte. Er ist ein wohlhabender Mann — gute Wälder an den Wänden — deutsche und lettische Wälder in den Schränken — mit fehlerfreier deutscher Sprache — jedermann würde ihn in Frankfurt oder sonstwo für einen Deutschen halten. Er gehört dem kleinen konservativen, dem Bourgeois-Flügel der lettischen Partei an. Bis vor 50 Jahren gingen die emporstrebenden Letten im Deutschstum willig unter. Von da ab beginnt der Lettische Nationalismus, Separatismus — dem auf deutscher Seite eine strengere Exzultation antwortet.

Der ehemalige Bürgermeister — seit der Revolution ist er abgesetzt — klagt zunächst über den Wert der letzten Monate, genau wie die Deutschen es tun. Die Erde ist schlecht in Livland — weil viele Güter von herumstreifenden Soldaten „beschlagnahmt“ sind und ungenügend bewirtschaftet werden. Die Industrie verdirbt, weil die Arbeiter „unerhörte“ Lohnforderungen stellen. Die Stadt macht Bankrott, weil niemand Steuern zahlt und ein Beamter weiß, wenn er verantwortung ist. Der Arbeiterat ist kein Komitee von Faulenzern, die die besten Automobile der Stadt beschlagnahmt haben und sich in alle Angelegenheiten mischen. So spricht der Lette von seinen Landsleuten. Er ist ein bürgerlicher Ordnungsmann durch und durch. Und man versteht jetzt, warum die tabulösen Letten ihn und seine Partei so scharf bekämpfen. Sein Lettentum geht nur soweit, als sein gehobenes Bourgeois-Bewußtsein es zuläßt. Darüber hinaus steht es an der Seite der deutschen Standesgenossen.

Aber er ist doch ein Lette. Er lobt ihren Fleiß — ihre Intelligenz — ihr ausgebautes Kreditgenossenschaftswesen draußen auf dem Lande. Er kennt Deutschland und meint, daß der lettische Bauer dem Ostdeutschen gleichkommt. Er rühmt auch die Tapferkeit der lettischen Soldaten. Seien sie seit der Revolution auch die radikalsten Decker, so hätten sie bis dahin doch hier oben an der Nordfront tapferer als alle anderen gekämpft. Nabis Dimitrieff, der Armeekommandant, habe sie besonders geliebt, und viel Lob der russischen Soldaten entspränge purem Reid. Zwischen Letten und Russen seien die Gegensätze groß wie immer. Denn die Letten seien eine gebildete Nation und blühten auf die Russen mit Stolz herab. „Russe“ — das sei bei ihnen fast ein Schimpfwort. So sprach er selbstbewußt, fast hochmütig. Er ist doch ein Lette.

Was soll aus „Lettland“ und aus Riga werden? Der Bürgermeister sagt, daß ein freies Lettland kommen muß. Davon wurde seit der Revolution ganz öffentlich gesprochen. Sind wir doch in Lettland und nicht in Rußland mehr — diese Worte fielen vor ein paar Wochen im Rigaer Rathaus ohne Widerspruch. Wie dies Lettland aussehen soll, darüber hatte jeder eine andere Meinung. Kurland und die südliche Hälfte von Livland sollte es sicher umfassen. Aber auch das Gouvernement Ditebal dürfte nicht fehlen — mit seinen 200 000 Letten. Ob es eine Republik werden sollte, ein russischer Bundesstaat oder ob es sich mit Deutschland verbinden sollte, darüber wurde in all den Monaten hin- und herdebattiert, aber ohne jeden Erfolg, ohne Klarheit. Der Bürgermeister entfällt sich nicht. Aber es scheint, daß unter den tabulösen Letten die meisten Russenfreunde, unter den gemäßigten dagegen die meisten derjenigen seien, die auf Deutschland ohne Hoffnungen. Der Bürgermeister ist ein Ordnungsmann. Er hat mit K e r e n s k i und dem F ü r t e n w o f f öfizer in Petersburg verhandelt. Kerenstki, der übrigens gesund und munter ist, hält er für einen schwärmerischen Idealisten, der als edler Russe sehr schnell seine Gesinnung ändert, immer aus subjektiver Wahrheit, immer aus seinem „Ichwohlw“ („Gefühl“) heraus, aber zum höchsten Woff hat er gesagt: „Solange Sie diese Unordnung hier haben, fürst, solange laufen Sie Gefahr, daß Lettland Hindenburg als seinen Befreier begrüßt.“

Auch unter den Letten gibt es viele kluge Köpfe — mit dem politischen Sinn, den eine gebildete Minorität sich leichter erwirbt als ein saturiertes Volk. Manchmal freist ihr Nationalbewußtsein aus Eile und Kindliche. Diese Nation ist „geschichtslos“ — in viel tieferem Sinne als Marx es einst von den südlichen Eigenwillern sagte. Ich fragte den Letten zum Schluß, was er von den nächsten Aufgaben des deutschen Siegers im besetzten Livland hielte. — Er sagte: „Rußland ist ein großes Rätsel. Sie können sich und uns hier viel verderben. Aber wenn Sie eine geschickte Politik machen, können Sie von hier aus tief nach Rußland hineinwirken.“ (Kb.) Dr. Adolf Röfser, Kriegsberichterstatter.

Gen...

Der G... dem gen... selt werden... Verhältnisse... er... sich an... mensliche... gefolgt in... dieser Besie... freig... deutlich... sein und e... die landwirt... methoden, w... eine einheit... höhere Stufe... fischen Genos... mögen, und... Mitglieder... Aufgaben zu... Gebiete der... Förderung e... gungung ver... braucher ver... hat der Wel... ten... Leuten i... fahrungen... Aber es... teilung mit... zu erfüllen... vom Erzeugn... samarob... teltare Verb... dem, modur... das dielem... schen Bä... draucher... Potwend... Ermittlung... teile Dringen... schließt beist... in unimmo... nenschafts... die ländliche... So ist beider... geben entw... Regu... beitrage... dem und die... bezeichnen z... vor nottut... Wille des g... unleser wirt... Die Kol... Stadt und L... und ländliche... teren Kreise... deutschen Lan... Kämpfe zwit... werden müß... den berechtigt... wogu die An... togen könne... klung, die... ter der badi... nenschafts... nammäßiges... Ru... Edgar I... Maler der... 33 Jahren... Nost der U... von Geburt... mothes und... dem Nupre... Seine Berli... Parteistellun... Bewegungen... wannen h... werden seit... selbst freilich... werden befehd... kenderlei an... nur von wer... Ende in tr... wischen. Ein... und besonde... Nowart beim... Nobelpreis... ill von ihr... Reiter nach... wie ich das... für.“ Ze... halbergesien... Stok einer... „Kraun kon... können. W... Wänden, n... ein V... Das mit V... nicht Meist... sie mir die... Sabotierung... dessen Preis... Offentliche... Journalist i... Hände des... welche doch... wenig höflich... und heute v... Sie haben... Zeas!“

Genossenschaftsbewegung.

Häuerliche Erzeugergenossenschaften und städtische Verbrauchergenossenschaften.

Der Grundgedanke der Genossenschaftlichkeit, der da besagt, daß mit dem geringsten Aufwand an Kraft die höchst mögliche Leistung erzielt werden soll, muß nach dem Kriege mehr als jemals unserem Wirtschaftsleben seinen Stempel aufdrücken. Im Gebiet der Erzeugergenossenschaft wird deshalb verlangt, daß alle Betriebe technisch und organisatorisch auf der Höhe sind, damit der Ertrag der menschlichen, tierischen und pflanzlichen Arbeitskraft aufs höchste gesteigert wird. Leider läßt gerade die deutsche Landwirtschaft in dieser Beziehung noch viel zu wünschen übrig, was uns der Weltkrieg deutlich gelehrt hat. Es herrscht vielfach noch arger Schlenker und eine große Zerfahrenheit, und es wird notwendig sein, die landwirtschaftliche Betriebsweise mit Hilfe besserer Arbeitsmethoden, vollkommener Hilfsmittel und vor allen Dingen durch eine einheitliche Zusammenfassung aller Einzelkräfte auf eine höhere Stufe der Entwicklung zu heben. Hier werden die häuerlichen Genossenschaften noch ungemein segensreich zu wirken vermögen, und bei zielbewusster Leitung und bei gutem Willen der Mitglieder werden sie imstande sein, die ihrer noch wartenden Aufgaben zum Segen unseres gesamten Volkes zu erfüllen. Im Gebiete der Güterverteilung wird immer dringender die Forderung erhoben, daß jede Kräftezerpflünderung und Kräftevergeudung vermieden und das Heranbringen der Waren an den Verbraucher vereinfacht und vereinhelligt werden muß. Auch hier hat der Weltkrieg mit seinem Wirrwarr auf dem Weltmarkt vielen Leuten die Augen geöffnet und ihnen die Notwendigkeit einer Genossenschaftlichen Organisation klargemacht.

Aber es genügt nicht, die Güterzeugung und die Güterverteilung mit dem Geiste der Organisation und der Wirtschaftlichkeit zu erfüllen, es kommt auch darauf an, den Weg abzukürzen, der vom Erzeuger zum Verbraucher führt. Es gilt, alle überflüssigen, schmerzhaften Zwischenglieder auszuscheiden und eine unmittelbare Verbindung herzustellen zwischen Erzeugern und Verbrauchern, wodurch das heiderseitige Interesse aufs beste gewahrt wird. Aus diesem Grunde ist ein reger, direkter Verkehr zwischen häuerlichen Erzeugern und städtischen Verbrauchergenossenschaften eine unabwiesbare Notwendigkeit. Ein Austausch der Bedarfsgegenstände ohne Vermittlung des Zwischenhandels wird beiden Teilen große Vorteile bringen, weil der Zwischenhändler dann nicht mehr die Möglichkeit besitzt, den Markt abzusaugen und die Preise in aufwärtiger Weise zu verteuern. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften beziehen für ihre Erzeugnisse anfangs die Preise, und die städtischen Genossenschaften müssen zu anständigen Preisen. So ist beiden Teilen gedient. Ein Hand-in-Hand-Arbeiten dieser beiden entwicklungsfähigen Organisationen wird zweifellos viel dazu beitragen, den Gegensatz zwischen Stadt und Land zu mildern und die gespannte Stimmung zwischen Stadt- und Landbewohnern zu beilegen, was uns nach dem Kriege unbestreitbar sehr nützlich, da ein einiger, auf ein gemeinsames Ziel gerichteter Wille des gesamten Volkes eine der wichtigsten Vorbedingungen unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaus ist.

Die Notwendigkeit einer organischen Verbindung zwischen Stadt und Land durch einen unmittelbaren Verkehr der ländlichen und städtischen Genossenschaften untereinander wird in immer weiteren Kreisen erkannt und anerkannt. Hervorragende Führer der deutschen Landwirtschaft haben zu wiederholten Malen erklärt, daß dem Kampfe zwischen Erzeugern und Verbrauchern ein Ende gemacht werden müsse. Es müsse ein Ausgleich geschaffen werden zwischen den berechtigten Interessen der Landwirte und der Stadtbewohner, wozu die Ausschaltung der schmerzhaften Zwischenglieder beitragen könne. Auf einer Konferenz für kriegerische Wirtschaftliche Maßnahmen, die vor kurzem in Karlsruhe stattfand, erklärte der Führer der badischen Bauernvereine und der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung in Baden, Odenheimer Sängler, ein namhaftes Hand-in-Hand-Arbeiten der ländlichen Verkaufs-

genossenschaften und der städtischen Konsumvereine sei in der künftigen Friedenszeit unbedingt erforderlich. Diese Erklärung fand den ungeteilten Beifall der zahlreichen Zuhörer aus Bauern- und Arbeiterkreisen. Offenbar besteht eine starke Strömung, die dieser Auffassung günstig ist; es kommt nur darauf an, diese Erkenntnis und diese Stimmung in die Tat umzusetzen. Nach dem Kriege ist ein Zusammenfassen aller Kräfte auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet unbedingt nötig, und dieses Zusammenfassen zu fördern, ist die Genossenschaftsbewegung in erster Linie berufen und geeignet.

Baden.

Noch einmal die Lederzuzweckstelle.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In der Nr. 225 Ihres Blattes habe ich kurz und sachlich dargelegt, aus welchem Grunde ich die Rechtsform der Gesellschaft des Bürg. Rechts statt jener einer G. m. b. H. vorgeschlagen hatte. An diese Darlegung, in der ich ausdrücklich die Verantwortung für den juristischen Aufbau der Gesellschaft übernommen hatte, knüpfte nun ein namenloser Verfasser in Ihrer Nr. 228 aufgeregte Ausführungen, um das Justiz- und das Finanzministerium gegen den bösen Notar aufzukufen, der nicht dem Staat für Steuern Sorge. Ich warte ruhig ab, ob und wie die Ministerien sich äußern werden; für die Öffentlichkeit muß ich doch selbst einiges erwidern:

Wenn ich sage, daß ich die Nr. 214 Ihres Blattes erst am 25. September zu Gesicht bekommen habe, dann ist das so. Ich bin gewohnt, die Wahrheit zu sagen, ich erlaube niemand einen Zweifel daran.

2. Mit aller Schärfe weise ich jegliche Andeutung zurück, als liege in der Wahl der Gesellschaftsform des Bürg. Rechts eine Steuerumgehung. Der Gesetzgeber hat die freie Wahl zwischen den Gesellschaftsformen gelassen; nur bestimmte Umstände, die hier nicht vorliegen, verlangen zwingend die handelsrechtliche Gesellschaft. Beinhaltet der Gesetzgeber die Gesellschaftsform steuerlich verschieden, so haben die Beteiligten das gute Recht, die ihnen günstiger erscheinende Form zu wählen.

3. Ich habe mich nicht im mindesten damit entschuldigt, es sei nicht meine Sache, die Verträge so zu gestalten, daß sie möglichst viel Steuern einbringen. Ich halte mit aller Bestimmtheit daran fest: überlassen mir die Beteiligten die rechtliche Gestaltung ihrer Verträge, denn ich habe eine Amtspflicht, in dem von den Gesetzen bestimmten Rahmen die einfachste und billigste Lösung zu suchen. Mein Gegner meint, der vom Staat angestellte und bezahlte Beamte müsse den Allgemeininteressen dienen. Das ist eine Selbstverständlichkeit, wenn nicht damit gesagt sein soll, der Beamte müsse immer den fiskalischen Interessen dienen. Soll der Richter verpflichtet sein, in einem Steuerprozeß für den Fiskus zu entscheiden? Auch der staatsliche Amtsbearbeiter steht den fiskalischen Interessen durchaus frei und unabhängig gegenüber; er hat bei der Gestaltung der Privatinteressen immer für die Einhaltung und Durchführung der Gesetze einzutreten; er hat deren Verletzung und Umgehung zu verhüten; er darf aber niemals den Beteiligten einen Rat zu dem Zweck geben, daß der Beteiligte geschädigt, der Fiskus aber begünstigt würde.

4. Wenn Gegner meint, durch die von mir angetragene Gesellschaftsform würden Staat und Gemeinde um die Steuern aus den Umsätzen von 4 Millionen gebracht. Das ist ganz und gar unrichtig. Auf die Umsätze gibt es nur die eine Steuer: die Warenumsatzsteuer. Die erwächst bei jeder Gesellschaftsform, genau wie bei jedem Einzelnen. Erpaßt wird durch die Gesellschaft des Bürg. Rechts neben dem von mir neulich auf 500 Mark berechneten Gründungsstempel nur die Vermögens- und Einkommenssteuer aus dem Stammkapital, das in dem vom Kriegsministerium entworfenen Entwurf mit 20 000 Mark vorgeschrieben ist. Ein eigenes Betriebskapital braucht die Zuzweckstelle nicht; einen Gewinn darf sie nicht machen. Nun kann sich Jedermann nach seinem eigenen Steuersettel ausrechnen, wieviel die Steuer aus 20 000 Mark ausmacht.

5. Die Steuererparung war aber gar nicht der entscheidende Gesichtspunkt für die Wahl der Gesellschaftsform; sie war nur ein nebenherlaufendes. Der Hauptgesichtspunkt war, daß die G. m. b. H. hier nicht paßte. Ich will, da die durch die hohe Veräußerung des Geschäftsführers (mit der ich ja nichts zu tun habe) aufgereizte Öffentlichkeit offenbar gar kein richtiges Bild vom Sachverhalt hat, den Vorgang kurz darlegen. Das Leder ist beschlagnahmt; bei der Verteilung der dem Kriegsministerium für Seereserve zur Verfügung stehenden Ledermengen soll möglichst gleichmäßig verfahren, das Leder auch beim Zuschneiden möglichst ungenutzt werden. Das Lederzuzweckstellenamt des Kriegsministeriums weist den Bezugszweckstellen die geeigneten Häute zu bestimmten Preisen zu; die Bezugsstelle stellt nach Bedarf die Zuschnitte her und verteilt sie nach Weisung des Kriegsministeriums an die von der Heeresverwaltung beauftragten Bearbeiter des Leders. Diese Bearbeiter sollten zu ihrer Gesellschaft zusammengefaßt werden, die in der Bezugszweckstelle ihren Kopf haben sollte. Die Gesellschaft soll selbst einen Gewinn erzielen. Die Preise der Stelle für das zugechnittene Leder werden nur als vorläufige in Rechnung gestellt; ergibt die vierteljährliche Abrechnung, daß die Preise zur Deckung der Aufwände nicht zugereicht haben, so muß der Fehlbetrag von den Bearbeitern sofort nachbezahlt werden; ergibt sich, daß die Preise zu hoch waren, so wird der Ueberschuß sofort zurückerstattet. Eigenes Kapital ist für die Gesellschaft nicht erforderlich; jeder Bearbeiter muß seine Zuschnitte bezahlen, ehe er die Ware erhält. Nur zur Bezahlung der Häute an den Geber braucht die Stelle Geld; sie kann es für die kurze Zeit leihen, bis sie es von den Bearbeitern wieder eingenommen hat.

Diesen Tatsachen wird eine Gesellschaft des Bürg. Rechts insolge ihrer Anpassungsfähigkeit vollst. gerecht; eine G. m. b. H. wird es nur unvollkommen. Denn ein Kapital ist überhaupt nicht auffindbar, nach dem das bei einer G. m. b. H. gesetzlich vorgeschriebene Stammkapital auf die Gesellschafter auch nur einigermaßen richtig verteilt werden könnte; ist doch die tatsächliche Beteiligung an der Gesellschaft, die Höhe des Beitrags der künftig zu einbringenden Ledermengen noch ganz unbestimmt. — Bei allen Vorberhandlungen ist dieser juristische Gesichtspunkt von mir als der wesentlichste behandelt worden, die Steuererparung nur als eine nebenherlaufende Folge der Wahl einer Gesellschaft des Bürg. Rechts.

Mein Gegner meint, es wäre „interessant zu erfahren“, ob für den Vertrag die angeblich vorgeschriebenen Gebühren bezahlt wurden oder ein durch Ueberschneidungen festgesetztes Privatkontra. Ich bin ja über solche Fragen nur meiner vorgeschriebenen Befehle „Instandhaltung“; ich will sie aber auch hier geben. Ein „Privatkontra“, das nämlich ja bei einem Beamten so ein bißchen nach Unerlaubtem. Und bei einer Kriegsgesellschaft, die angeblich vier Millionen umhertreibt und ihrem Geschäftsführer 70 000 Mark Jahresgehalt bezahlet (eine Rechnung, die nach meiner Kenntnis gar nicht stimmt), da muß doch solch ein Privatkontra recht fett!

Leider ist es mit derartigen Kriegsgesellschaften, die mir nicht Gegner offenbar gönnt, nichts. In der Sache sind nur die gesetzlich bestimmten Gebühren der Staatskasse erhoben worden; Privatkontra eines juristisch gebildeten Privatmanns gibt es doch nicht. Es ist richtig, ich habe der Sache auch meinen Sonntag geopfert. Gern habe ich es nicht getan; ich kann meinen freien Sonntag schon brauchen. Da aber der Vertreter des Kriegsministeriums nur an diesem Tag hierher kommen konnte, habe ich, wohl oder übel nachgegeben. Aber auch daraus ist für mich kein Kriegsgewinn geflossen; besondere Sonntagvergütungen kennt das Gesetz nicht.

7. Mein Gegner meint, der Vertrag über die G. m. b. H. hätte dem „Handelsgericht“ vorgelegt werden müssen, und der „Handelsrichter“ hätte bei einer Steuerumgehung den Vertrag vielleicht nicht eingetragen. Diese Meinung zeugt von einer zitternden Ahnungslosigkeit; den Registrator gehen all die Dinge, von denen da geredet wird, überhaupt nichts an.

8. Was der Satz heißen soll, der Vertrag wäre ins Trockene gekommen, wenn nicht Herr Dr. Kronstein gegen die „unerhörte Art der Gesellschaftsgründung protestiert“ hätte, ist ganz unverständlich. Der Vertrag ist, so wie er vorgeschlagen war, ins Trockene gekommen. Und der Herr Dr. Kronstein hat zwar gegen die hohe Vergütung des Geschäftsführers „protestiert“; den „unerhörten“ Vertrag, sogar mit der hohen Vergütung des Geschäftsführers, hat er aber genau wie die übrigen Beteiligten, unleserlich, unterschrieben.

9. Im übrigen habe ich viel zu arbeiten; mit der Zellungs- sache habe ich mich nicht weiter auf. Dr. Schwarzschild, Gr. Notar.

Daß die von Herrn Notar Dr. Schwarzschild vorgeschlagene Form einer Gesellschaft des Bürg. Rechts juristisch durchaus einwandfrei ist, wurde in dem angezogenen Artikel nicht nur nicht bestritten, sondern ausdrücklich anerkannt. Dagegen hielt unser Gewahrsam diese Form aus Gründen der Steuerumgehung nicht für glücklich, denn es ist wirklich nicht einzusehen, warum eine Gesellschaft, die 35 000 Mark für Miete bezahlt und ihren Geschäftsführer mit dem Mehrfachen eines badischen Ministergehaltes entlohnt, nicht auch Steuern wie jede andere Gesellschaft zahlen soll, zumal wenn wie im vorliegenden Fall ihre Splendidiät aus Mitteln der Allgemeinheit finanziell bestritten wird. In Frankfurt a. M. befragt der Geschäftsführer die Geschäftsführer ehrenamtlich. Wäre das auch in Karlsruhe geschehen oder hätte man sich wenigstens im Rahmen des Möglichen gehalten, dann hätte die Öffentlichkeit sich um diese Gesellschaft nicht im mindesten interessiert. Nun die Angelegenheit wird von maßgebender Stelle geprüft und wir dürfen hoffen, daß sie in einer die Allgemeininteressen genügend berücksichtigenden Weise geregelt wird. Damit sei auch unjenerseits die Debatte über den Fall geschlossen.

Hauptversammlung der Freien Vereinigung badischer Krankenkassen.

2. Okt. Am Samstag und Sonntag fand hier die von 170 Delegierten aus dem ganzen Land besuchte 22. Hauptversammlung der Freien Vereinigung badischer Krankenkassen statt, zu welcher auch Vertreter aus Hessen und Sachsen, Vertreter der Regierung, der Stadtbewohner usw. erschienen waren. Der Vorstand des Ausschusses, Stadtverordneter W. Hof aus Karlsruhe, teilte bei Eröffnung des Tätigkeitsberichts mit, daß im vergangenen Geschäftsjahr der Vereinigung 17 Kassen mit 22 107 Mitgliedern beigetreten sind, sodas der Verband heute 110 Kassen mit 335 470 Einzelmitgliedern zählt. Die Gesamteinnahmen haben auch im Kriege um 350 000 M. zugenommen. Die Veranlassung nahm sodann eine Entschließung an, in welcher verlangt wird, daß die Versicherten wie jeder private Kranke behandelt werden, und daß die Ärzte keinerlei besondere Vergütung verlangen dürfen. Beim Ministerium des Innern soll erneut der Antrag gestellt werden, eine Stelle zu schaffen, an der minderbemittelte Kranke ärztliche Lebensmittelausgaben ohne Bezahlung erhalten können, um zu vermeiden, daß die Armenverwaltung beansprucht wird. Weiter soll bei der Regierung dahin gewirkt werden, daß die Kommunalverbände für ausreichende Ernährung der Kranken Sorge tragen; das gelte insbesondere von den Lungenheilstätten Luitheim und Nordrach-Kolonie. In einer weiteren Entschließung wurde sodann eine Verbesserung des Gesetzes über die Fürsorge für Gemeinde- und Körperlichkeitsbeamte erneut verlangt. Ein dem nächsten Landtag vorzulegender Gesetzentwurf über diesen Gegenstand sollte rückwirkend ab 1. Januar 1917 Anwendung finden. Die Versammlung erledigte dann noch Angelegenheiten mehr interner Natur und bestimmte Pforzheim als Ort der nächsten Hauptversammlung. Weiter nahm sie eine Reihe von Vorträgen über Verwaltungsfragen, über die Erfahrungen in der Heilbehandlung und Arbeitsvermittlung der Kriegsbetroffenen und über die Angliederung der Familienversicherung an die Zwangskassen entgegen.

4. Durlach, 2. Okt. Die nächste Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am kommenden Samstag, 6. Oktober, im „Lübenbräu“ (Gauptstraße) statt. Da sehr wichtige Parteifragen zur Beratung stehen, ist pünktliches und zahlreiches Erscheinen der männlichen und weiblichen Mitglieder notwendig.

4. Durlach, 2. Okt. Die Aufsichtsratsitzung der Badischen Maschinenfabrik und Eisengießerei, vormals G. Sebold und Sebold u. Keff, beschloß, daß am 27. Oktober stattfindende Generalversammlung eine Dividende von 17 Prozent vorzuschlagen.

Bruchsal, 3. Okt. Statistisches der Ortskrankenkasse. Der Mitgliederstand der Kasse betrug am 1. Oktober 1917 insgesamt 6090 gegenüber 6745 im Vormonat und zwar 2167 männliche und 4523 weibliche Mitglieder. Arbeitsunfähig Kranke und Wöchnerinnen wurden gezählt 155 gegenüber 145 am 1. September 1917. Nach Stadt- und Landbezirk getrennt waren am 1. Oktober 1917 in Bruchsal beschäftigt 3218 inkl. 426 Dienstboten, gegenüber 3337 einschließlich 426 Dienstboten im Vormonat; in den zum Kreisbezirk gehörigen 16 Landgemeinden 3372 gegenüber 3408 im Vormonat.

Orten, 1. Okt. In der am Sonntag, 30. September, hier im „Lübenbräu“ veranstalteten, sehr gut besuchten vaterländischen Versammlung, der auch der Groß. Oberamtmann, Dr. Guth-Pönder anwohnte, sprach Herr Bezirksrat Hecht über die allgemeine Kriegslage in großzügigen, überaus eindrucksvollen Ausführungen. Die nachfolgenden Redner, die Herren Notar

Kunst und Wissenschaft.

Edgar Degas †. In Paris ist dieser Tage der bekannte „Maler der Tänzerinnen“, Edgar Degas, im Alter von 83 Jahren gestorben. Degas, neben Manet, Monet und Renoir der berühmteste Impressionist Frankreichs, war Pariser von Geburt und vollendete auch in Paris als Schüler Lavoisiers und Ingres seine Kunststudien. Früh wandte er sich dem Impressionismus zu und schloß sich ein an Manet an. Seine Berühmtheit erlangte Degas vor allem durch seine Darstellungen von Tanz- und Reitmännern, in denen er die Bewegungen des Augenblicks, das Spiel der Glieder festzuhalten mußte. Schier ungläubliche Preise wurden und werden seit Jahren für einen Degas gezahlt. Der Meister selbst freilich, der, nahezu erblindet, seinen Lebensabend in den bescheidensten Verhältnissen beschließen mußte, hatte keinerlei materielle Vorteile von seinem Ruhm. Einjam und nur von wenigen persönlich gekannt, wohnte er bis zu seinem Tode in großer Zurückgezogenheit in seinem stillen Altersheim. Nur wenig drang von ihm an die Öffentlichkeit, und besonders seit jenem Tag, als er der Versteigerung Monart beimohnte, in der seine „Danseuses à la Barre“ den Nobelpreis von 435 000 Franken erzielten, wurde es ganz still von ihm. „Ach erinnere mich noch“, meinte der greise Meister nach der Versteigerung wehmütig zu einem Freund, „wie ich das Bild verkaufte. Ich bekam nur 500 Franken dafür.“ Gener Verkauf veranlaßte einen Journalisten, den halbergebenen Künstler in seiner Wohnung im fünften Stock einer Mietskammer der Avenue Cléry aufzusuchen. „Kann man die Behauptung noch ein Atelier genannt werden“, berückelte der Zeitungsmann. Rein Bild hängt an den Wänden, nur ein Tisch mit ein paar Stühlen, ein Schränkchen, ein Koffer — das ist die ganze Einrichtung. Als ich Degas mit Meister anredete, winkte er müde ab: „Nein, bitte, nicht Meister, Herr genügt. Und noch eine Bitte. Erkahren Sie mir die Qual der Defektivität.“ Ach hatte Reklame und Schreihungen. Meine Tänzerinnen sind zu einem sehr hohen Preis verkauft worden. Nun gut, Was geht das die Defektivität an, Sprechern wir von anderen Dingen.“ Der Journalist sprach nun sein Erstaunen darüber aus, daß die Hände des Meisters so laß seien. Ein so berühmter Maler sollte doch sicher Bilder genug. Der Greis aber lächelte ein wenig spöttisch und erwiderte ohne Schärfe: „Na, Bilder, die sind heute viel zu teuer für einen alten Künstler wie mich. Sie haben eben gehört: 435 000 Franken kostet jetzt ein Degas!“

Wirt und Schulkommissar Kamm, wiesen mit eindringlichen Worten auf die im Gange befindliche Zeichnung zur Kriegsanleihe hin und forderten zu allseitiger Beilegung auf.

bc. Gaggenau, 2. Okt. Die Eisenwerke Gaggenau A.-G. haben im abgelaufenen Geschäftsjahr einschließlich des Vortrages von 51 807 M einen Betriebsgewinn von 4 384 351 M (i. V. 2 605 190 M) erzielt.

oc. Triberg, 2. Okt. Der Gemeinderat hat beschlossen, jedem Kind hiesiger Kriegerfamilien 25 Pfund Äpfel unentgeltlich zu verabreichen.

oc. Heilsberg, 2. Okt. Vor wenigen Tagen wollte der Buchdrucker Pflüger auf einen in Fahrt befindlichen elektrischen Straßenbahnwagen aufspringen.

oc. Oberfödenbach bei Weinsheim, 2. Okt. Als Bürgermeister Schollenberger einen fremden Mann beim Obstdiebstahl ertappte, ging der Dieb auf den Bürgermeister los und stach ihn mit einem Messer in Brust und Unterleib.

oc. Zur 7. Kriegsanleihe gezeichnet: Eisenwerke Gaggenau 750 000 M, Bad. Maschinenfabrik und Eisengießerei in Durlach 500 000 M, Rheinische Zigarettenfabriken Rinz u. Co. Mannheim 200 000 M, Stadt Waldbrunn 100 000 M, Gemeinde Buchen 250 000 M.

Wie das werttätige Volk leidet. Das Fachblatt der österreichischen Handschuhmachereunion gibt von den Zuständen im böhmischen Erzgebirge folgende ergreifende Schilderung: Schreckliche Not herrscht unter der Bevölkerung in Abergern, Bärren und den benachbarten Orten, die vor dem Kriege meist in der Handschuhindustrie beschäftigt war.

Gerichtszeitung.

bc. Karlsruhe, 2. Okt. Der Zwangsjüngling Julius Anselm aus Auerbach war aus der Erziehungsanstalt Schwarzbach entflohen und hatte sich in Forstheim festgesetzt.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 3. Okt. * Die Lederzuschneidestellen.

Unsere Veröffentlichungen über die hiesige Lederzuschneidestelle haben weiteste Beachtung gefunden und die zuständigen Stellen sind z. B. mit der Untersuchung der Sache beschäftigt.

Industrie und Handwerk haben Zuschneidestellen errichtet, in denen unter Aufsicht des Kriegsministeriums der Lederbedarf der Heeresindustrie (abgesehen von Schuhleder und technischem Leder) zugeschnitten wird.

Ein Teil der Presse hat sich gegen die Vergütung gewendet, die der Leitung von den Interessenten bewilligt werden soll; es sind Jahresgehälter von 50 000 Mk. und höher genannt worden.

Gelänglich einer kürzlich stattgehabten Versammlung der Leiter haben dieselben sich dahin einig, eine monatliche Vergütung bis höchstens 2000 Mark zu beanspruchen.

Mit dieser Erklärung dürfte der in Frage stehende Fall keineswegs erledigt sein. Ob man die Summe, die der Leiter der hiesigen Stelle für sein Amt einsteckt, als „Jahresgehalt“ oder als „Jahresvergütung“ bucht, dürfte sehr nebensächlich sein.

Abgenutztes und beschädigtes Papiergeld. Der Krieg hat es mitgebracht, daß jeder einzelne viel mehr als früher seine Zahlungen in Papiergeld erhält und macht.

Die beschädigten oder verschliffenen Scheine werden von niemandem gern genommen und es mehren sich die Fälle und Beschwerden, wo Publikum oder Geschäftsleute die Annahme verweigern.

Briefgeld, zu dem zurzeit auch die Darlehnskassenscheine neben den Reichskassenscheinen und Reichsbanknoten gehören, besitzt bekanntlich Zwangskurs und muß als Geld angenommen werden.

Die verschiedenen Sorten Papiergeld unbedeutend auf beiden Hälften der Scheine nummeriert sind, muß die Reichsbank unbedingt an der Bestimmung festhalten, daß die eingereichten Stücke wenigstens über die Hälfte jeden Scheines darstellen.

* Rektor und Senat der Technischen Hochschule haben auf die von der Universität Halle-Wittenberg zur Note Wilsons an den Papst erlassene öffentliche Kundgebung folgende Erklärung beschlossen:

Gegenüber der Note des Präsidenten Wilson an den Papst haben Rektor und Senat der Universität Halle-Wittenberg eine ausgezeichnete Kundgebung erlassen, die das aus völliger Verkennung deutscher Art und Wesens wie der Menschen beruhende Vorgehen des Präsidenten vortrefflich kennzeichnet und seine unbefugte Einmischung würdig zurückweist.

* Unregelmäßigkeit in Wirtschaften. Wie bereits berichtet, ist das „Deutsche Haus“ hier wegen Verstößen gegen die Lebensmittelvorschriften behördlich geschlossen worden.

* Sämtliche Feuerungsanlagen sind steuerfrei. Vor einiger Zeit hatten wir eine Verfügung des badischen Finanzministers veröffentlicht, nach welcher die Feuerungsanlagen künftig steuerfrei bleiben sollen.

* Hindenburg-Festakt im Konzerthaus. Gleichsam wie ein Spiegelbild der urkräftigen, starken Persönlichkeit, die es zu feiern galt, war der große Saal des Konzerthauses dicht gefüllt zu einem erwartungsvollen Menge.

* Frankreich im Zeichen des Sturms. Berlin, 3. Okt. Wie die „Germania“ schreibt, steht in Frankreich das Zeichen auf Sturm. Man sei auf der Suche nach dem Vertreter. Mit dieser Suche hätten Frankreichs Niederlagen immer angefangen.

eine verjüngte Fortsetzung mußte nach ca. 1 1/2 stündiger Pause in Folge eines zweiten Marcs aufgegeben werden und so konnten leider die Dichtungen und Bilder durch die Herren Hofkapellmeister Herz und Kammerfänger Bittner nicht mehr Vortrag bekommen.

* Nahrungsmittelkontrolle. Im Monat September wurden durch die Nahrungsmittelpolizei 8561 Kannen Milch geprüft und dabei 87 Proben entnommen, wovon 2 als gewässert und 1 als stark schmutzig beanstandet wurden.

* Die letzte Tagung des Schwurgerichts im Jahre 1917 findet am 8. und 9. Oktober statt. In Schwabhausen wurden ausgesetzt: Adam Andreas, Schäfermeister, Ruggensturm; Wäferer, Rechnungsrat, hier; Schott Martin, Direktor der Volksbank, Oettingen; Eier Johann, Privat, Forstheim; Bartholomäus, Arbeiter, Durlach; Erb Wilhelm, Kaufmann, hier; Baher Eduard, Gärtnereibesitzer, hier; Holzmann Franz, Schreiner und Landwirt, Forstheim; Blum Robert, Uhrmachermeister, Rastatt; Bentner Karl, Fabrikant, Forstheim; Nikolaus Karl, Buchbindermeister, Wemgerten; Jüngert Primus, Steinhauermeister und Gemeinderat, Oettingen; Kohler Jul, Kunstmaler, Oettingen; Schmid Roman, Privat, Baden; Gohweiler Karl, Privat, Riefen; Wildt Karl, Friedhof, Metzgermeister, Rastatt; Blum-Reff Emil, Stadtbaurat, hier; Prisch Gerd, Kaufmann, Gärtnerei, Gemeinderat, Mühlentronn; Köhler Hermann, Hofbuchdruckerbesitzer, Baden; Neffen Konrad, Weinbändler, hier; Schwarz Wilhelm, Buchbindergehilfe, Obersteinburg; Jourdan Wilhelm, Privat, Forstheim; Kronenwerth Heinrich, Kaufmann, Rastatt; Gell Eugen, Zeitungsvorleger, hier; Pfanz Friedrich, Brauereidirektor, Oettingen; Kraus Gottlieb, Bauunternehmer, Forstheim; Müller Julius, Gerbereibesitzer, Rumbach; Reis David, Fabrikant, Prudach; Eidersheimer Albert, Metzger, Rastatt; Feilmann, Wagnermeister, Oettingen.

* Theatervorstellung des Vereins Volkshilfe. Wie bereits im Angeleitert bekanntgegeben, veranstaltete der Verein Volkshilfe am Sonntag, 7. Oktober, nachmittags 1/2 Uhr, im Großen Hoftheater eine Vorstellung und zwar „Die Heimat von Sudermann“. Die Karten für Mitglieder werden von Mittwoch, 3. Oktober an täglich von 2-7 Uhr in der Geschäftsstelle des Vereins, Akademiestraße 67, verkauft. Preise der Plätze: 80, 60, 50, 40, 30, 20, 10 Pf.

* Kriegerortsansicht der Karlsruher Kriegervereine. Die Verbandsspiele vom Sonntag trachten große Überraschungen. So konnte auf eigenem Platz R. V. gegen den starken 1. F. C. Forstheim mit der hohen Torzahl 7:3 (2:1) gewinnen.

* Letzte Nachrichten. Neue U-Boot-Erfolge. Berlin, 3. Okt. (Antlitz). Durch unsere U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wiederum 18 000 BRT. versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befinden sich 2 bewaffnete englische, tiefbeladene Dampfer, von denen einer aus stark gesichertem Geleitzug herausgeschossen wurde, sowie das französische Fischereifahrzeug „Quatre Freres“.

Der Chef des Admiralstabs der Marine. Politische Debatten im Reichstag.

Frankreich im Zeichen des Sturms. Berlin, 3. Okt. Wie die „Germania“ schreibt, steht in Frankreich das Zeichen auf Sturm. Man sei auf der Suche nach dem Vertreter. Mit dieser Suche hätten Frankreichs Niederlagen immer angefangen.

Explosion in einer englischen Munitionsfabrik. London, 3. Okt. Antlitz wird gemeldet, daß eine Explosion in einer brennenden Fabrik in einer Munitionsfabrik in Ostengland stattgefunden habe. Der Schaden ist ansehnlich und eine Anzahl Arbeiter ist verletzt.

Eine Rede des Grafen Czernin.

Wien, 3. Okt. Zu Ehren des Ministers des Aeußern, Grafen Czernin, gab Ministerpräsident Bekerle ein Mahl. Hierbei hielt Graf Czernin eine Rede, worin er ausführte, in großen Hoffnungen sei das österreichisch-ungarische Programm als der Aufbau einer neuen Weltordnung zu bezeichnen. In dem Augenblick, in dem Österreich-Ungarn bewiesen habe, daß es gesund und nicht ein zerfallendes Staatsgebilde sei, sei es in der Lage, gleichzeitig mit den Gegnern die Waffen niederzulegen und etwaige Streitigkeiten schiedsgerichtlich und friedlich zu regeln. Diese neue Erkenntnis, die sich in der Welt durchgerungen habe, biete Österreich-Ungarn die Möglichkeit, für den Austritts- und Schiedsgerichts-gedanken mit allen Kräften einzutreten. Europa müsse nach diesem Kriege auf eine andere internationale Rechtsbasis gestellt werden. Diese Rechtsbasis müsse vierfacher Art sein: Es dürfe keinen Revanchekrieg mehr geben. Der Krieg als Mittel zur Politik müsse bekämpft werden. Auf internationaler Basis und unter internationaler Kontrolle müsse die allgemeine, gleichmäßige, fortgesetzte Abrüstung aller Staaten der Welt erfolgen. Die Wehrmacht müsse auf das unumgänglich Notwendige beschränkt werden. Der 2. Punkt sei die Freiheit des hohen Meeres, wenn auch nicht die Freiheit der Meeresengen, sowie die Abrüstung zur See. Damit entfallt jedes Grund für territoriale Sicherungen. Der 3. Punkt sei die freie wirtschaftliche Entwicklung und die unbedingte Vermeidung des künftigen Wirtschaftskrieges. Wir müssen, bevor wir Frieden schließen, politische Sicherheit haben, daß unsere heutigen Gegner diesem Gedanken entsagt haben. Was die Entschärfungen anbelangt, hat etwa die Entente ihrerseits die Absicht, uns für alle Verwundungen schadlos zu halten, oder erhofft sie einseitige Vergütung? Wenn unsere Feinde uns zwingen, den Krieg fortzusetzen, dann werden wir zwingen sein, unser Programm zu revidieren und untererwärts Gesatz zu verlangen. Ich spreche für den jetzigen Augenblick, weil ich die Ueberzeugung habe, daß jetzt auf der entwickelten Basis der Weltfrieden zustande kommen könnte. Bei Fortsetzung des Krieges aber behalten wir uns freie Hand vor. Schließlich erklärte Czernin, wir würden in einem Jahr noch unvergleichlich günstiger dastehen als heute, aber er würde es für ein Verbrechen halten, wegen irgend welcher materiellen oder territorialen Vorteile diesen Krieg auch nur einen Tag länger fortzusetzen als die Integrität der Monarchie und die Sicherheit der Zukunft es erforderten. Aus diesem Grunde allem war ich für einen Verständigungsfrieden und ich bin es heute noch. Wenn aber unsere Feinde uns zwingen, dieses Nordens fortzusetzen, dann behalten wir uns eine Revision unseres Programms und die Freiheit unserer Bedingungen vor.

zu revidieren und untererwärts Gesatz zu verlangen. Ich spreche für den jetzigen Augenblick, weil ich die Ueberzeugung habe, daß jetzt auf der entwickelten Basis der Weltfrieden zustande kommen könnte. Bei Fortsetzung des Krieges aber behalten wir uns freie Hand vor. Schließlich erklärte Czernin, wir würden in einem Jahr noch unvergleichlich günstiger dastehen als heute, aber er würde es für ein Verbrechen halten, wegen irgend welcher materiellen oder territorialen Vorteile diesen Krieg auch nur einen Tag länger fortzusetzen als die Integrität der Monarchie und die Sicherheit der Zukunft es erforderten. Aus diesem Grunde allem war ich für einen Verständigungsfrieden und ich bin es heute noch. Wenn aber unsere Feinde uns zwingen, dieses Nordens fortzusetzen, dann behalten wir uns eine Revision unseres Programms und die Freiheit unserer Bedingungen vor.

Berlegung von Regierungsbehörden aus London.

Berlin, 3. Okt. Infolge der Zunahme der deutschen Luftangriffe auf London ist, wie die „Daily Mail“ erfährt, eine Reihe wichtiger Regierungsbehörden teilweise aus London wegverlegt worden.

Die demokratische Konferenz in Petersburg.

Petersburg, 3. Okt. (Pet. Tel.-Ag.) In der Abend-sitzung des demokratischen Kongresses sprachen Vertreter der britischen Arbeiter- und Soldatenräte, von denen die Mehrzahl gegen eine Mitarbeit der bürgerlichen Elemente war. Im Verlaufe der Sitzung verfaßte eine Abordnung von 200 Arbeitern und Arbeiterinnen in Begleitung von Soldaten in den Sitzungssaal einzutreten, indem sie erklärten, daß sie die Wortführer einer halben Million Petersburger Arbeiter seien, die sie gefandt hätten, um gegen den Grundjah der Koalition zu protestieren, sofortigen Frieden zu verlangen und die Abschaffung des Privatigentums, sowie andere Wünsche vorzubringen, wie sie

in der kürzlichen marginalistischen Entscheidung des Reichstages: Arbeiter- und Soldatenräte dargelegt seien. Nach langen Unterhandlungen wurden 6 Mitglieder der Abordnung zur Sitzung zugelassen, um ihre Wünsche vorzutragen.

Die schwedische Ministerkrise.

Stockholm, 3. Okt. (Svenska Telegram Öhren.) Der König berief die Führer der drei großen Reichstagsparteien zu sich, machte ihnen den Vorschlag, ein Ministerium von Vertretern sämtlicher bedeutenden politischen Meinungsrichtungen zu bilden, das nach innen und außen die Einigkeit scharf markieren könne, mit der die bisherige Neutralitätspolitik vom schwedischen Volk getragen werde. Der König appellierte an die vaterländische Gefinnung der Parteiführer, in der ersten Zeit ihre persönlichen Auffassungen der Parteianfichten einer glücklichen Lösung der vorliegenden Frage nicht im Weg stehen zu lassen, sondern an das gemeinsame Ziel und das Wohl des Vaterlandes zu denken. Er bat sie, den Vorschlag genau zu erwägen und mit den Meinungsgeoffenen seine Möglichkeit zu prüfen und ihm dann das Ergebnis mitzuteilen.

Die „Berluste“ der Amerikaner.

Berlin, 3. Okt. In Pariser Blättern wird laut „Börsen-Zeitung“ aus New York berichtet, daß dort Verlustlisten des amerikanischen Kontingents ausgegeben werden, nach denen die amerikanischen Verluste bisher 925 Mann erreichten. Schweizer Zeitungen knüpfen daran die Bemerkung, daß die lächerlich geringe Beteiligung der amerikanischen Truppen auf dem europäischen Kriegsschauplatz nach fast 6 Monaten in der Union besonders auffallen und in den Ententeländern alles andere als Begeisterung erwecken dürfte.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kolb; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24

Bekanntmachung.

Nach § 56 der Straßen- und Fahrpolizeordnung darf Schutt und Unrat nur an den vom Stadtrat mit Zustimmung des Bezirksamts bestimmten Plätzen abgeladen werden. Als solche Plätze sind bestimmt: 1) das Gelände südlich der Duracher Allee östlich der Eisenbahnüberführung am Ostende des neuen Markplatzes, 2) die Dammschüttung auf den Eiswiesen östlich der Ettlinger Allee und südlich des Reichsbahnhofes, 3) das Neugrabengelände westlich und nördlich der verlängerten Hardt-Straße bei der Telegraphenstation, jedoch nur für Bauabfälle ohne organische Beimengungen, 4) die Böschungen und die Niederung der sogenannten Gohle südlich der Alb am Nordosteingang Daxlandens. An allen anderen Stellen der Stadt ist das Abladen von Schutt, Unrat, Abfallgegenständen und dergl. verboten, auch ohne daß auf die Unzulässigkeit durch Aufstellung einer Verbotstafel ausdrücklich hingewiesen wird. In jedem Falle hat der Abwertretende polizeiliches Einschreiten zu gewärtigen. Karlsruhe, den 28. September 1917. 1153

Bekanntmachung.

Ein Teil des Leichenfeldes XXI des Hauptfriedhofs von Karlsruhe 1 Grad 1 bis Reihe 49 Grab 12, auf welchem in der Zeit vom 13. Mai 1896 bis 31. Oktober 1897 die Leichen erwachsener Personen beigesetzt wurden, kommt im Laufe des Monats November d. J. zur Umgrabung. Alle auf dem bezeichneten Felde befindlichen Grabdenkmale, Einfassungen usw. sind sofort durch die Eigentümer zu beseitigen, widrigenfalls diese Arbeit diesseits angeordnet werden wird. Wer die Verschönerung eines Grabes auf die Dauer einer weiteren Umgrabungsfrist erlangen will, wolle dies bis längstens 1. November d. J. auf dem Bestattungsamt Rathaus 2. Stock, Zimmer Nr. 55, Eingang Fähringerstraße anmelden, woselbst ihm die Bedingungen, unter welchen die Verschönerung gestattet wird, mitgeteilt werden. Karlsruhe, den 1. Oktober 1917. 1159

Verhalten bei Gasausströmungen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß kein Raum, in welchem es nach Gas riecht, mit brennendem Licht betreten werden darf, gleichgültig, ob im Hause Gas eingerichtet ist oder nicht. Brennende Lichter und Feuerungen sind bei auftretendem Gasgeruch zu löschen. Auch müssen sofort Fenster und Türen geöffnet und dadurch für ausgiebige Lüftung gesorgt werden. Insbesondere darf kein Lokal, in welchem Gasgeruch wahrgenommen wird, zu längerem Aufenthalt für Personen, namentlich zum Schlafen, benützt werden. Sofern sich die Ursache des auftretenden Gasgeruchs nicht sofort erkennen und beseitigen läßt, ist umgehend das Städt. Gaswerk I, Kaiserallee 11, Telefon 5350 (Anschluß auch über das Rathaus), zu benachrichtigen. Bei Umzügen ist streng darauf zu achten, daß nach Abnahme der Beleuchtungskörper die Decken- und Wandsticheben durch eingeschraubte Verschlußkappen oder -Stopfen ordnungsgemäß verschlossen werden. Der Verschluß mittels Papier- oder Korkstopfen ist unzulässig und gefährlich, weshalb wir dringend hierauf warnen. Karlsruhe, den 19. September 1917. 1058

Institut für Schönheitspflege.

Sprechstunden in Karlsruhe am Donnerstag, den 4. und Freitag, den 5. Oktober, von morgens 9 bis abends 7 Uhr im Gasthaus „Mittel“, Ettlingerstr. 10a, Rebenusstr.; in Rastatt am Mittwoch, den 3. Oktober im Bahnhofshotel. Ohne Messer werden alle Narben, Hühneraugen, Milien, Sommersprossen, Leberflecken ohne Blutung entfernt. Keine Behandlung von Körperverletzungen, nur Schönheitspflege und Anleitung dazu. 1157 Frau Ida Vogel, Stuttgart, Johannesstraße 20.

Zum Umzug empfehlen wir in grosser Auswahl: Orientwaren, deutsche Teppiche, Läuferstoffe, Dekorationen, Gardinen, Linoleum, Bettwaren, Zubehörfelle zum Anbringen von Gardinen usw. Hermann TIETZ 1165

Fett-Verteilung.

Donnerstag, den 4., Freitag, den 5. und Samstag, den 6. Oktober 1917 wird in den Fettverkaufsstellen Nr. 228 bis 291 einschließlich an die eingetragenen Kunden Fett (Butter, Kunstspeisefett, Margarine) abgegeben. Kopfmenge 100 Gramm gegen die Fettmarken A und B Nr. 69. Der Preis der Butter beträgt M. 2,70 für das Pfund. Militär-, Krankenzulass- und Besuchsmarken werden in den bekannten Stellen eingelöst. Frist für die Abrechnung: Mittwoch, den 10. Oktober 1917. Die Waren müssen innerhalb der Verteilungszeit abgeholt werden; nach Ablauf derselben sind die Marken verfallen und können nicht mehr eingelöst oder verlängert werden. Karlsruhe, den 2. Oktober 1917. 1166 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Stromeyer, Brikettfabrik, Rehl,

sucht zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen, zuverlässigen

Maschinenmeister.

Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche und Referenzen wollen an M. Stromeyer, Lagerhausgesellschaft, Rehl, Abt. Brikettfabrik, eingeschickt werden. 1164

Kleine Dezimal-Wage

30-50 kg Tragkraft, neu oder gebraucht 1167 sucht zu kaufen Karl Kreis Angartenstraße 27, Stb. 3.

Unentgeltliche ärztliche Mütterberatungsstunde

für das Kleinkind im Alter von 2 bis 6 Jahren findet statt: am Donnerstag, den 4. Oktober, abends 5-6 Uhr im neuen St. Vincentstranthenhaus, Südenstraße 60. Mütter! bringt Euerer Kinder, deren Gesundheit nicht ganz in Ordnung ist, zu dieser Beratungsstunde! 1168

Badischer Frauenverein, Abteilung VI.

Steißige, kräftige Arbeiter für Schiffs- und Lagerbetrieb, sowie einige ältere Maurer zur Herstellung von Bimsdielen sofort gesucht. Friedrich Chr. Kiefer Karlsruhe-Rheinhafen. 1169

Auskunftei Bürgel 300 Geschäftsstellen Garantieleger Mark 300 000 Einzel- und Abonnements-Ankünfte für jedermann 500 Friedrichsplatz 2, Tel. 455

Bekanntmachung.

Die Inhaber der im Monat Sept. 1917 unter Nr. 1427 bis mit Nr. 2644 ausgestellten bzw. erneuerten Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 5. Oktober 1917 auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. 1108 Karlsruhe, 28. Sept. 1917. Städt. Pfandleihkasse.

Schneider

nur erstklassig, für Großstädte - Hosen, suchen per sofort Spiegel & Wels. 1166

Jüngere Verkäuferin

oder Lehrmädchen gegen Anfangsgehalt gesucht Schuhhaus Erika Ludwigplatz. 1128

Damentaschen.

Wegen Aufgabe des Artikels zu billigen Preisen. Daniels Konfektionshaus Wilhelmstraße 34, 1 Tr. 1168

Weihnachts-Preis-Aufgabe!

An die Löser obiger Preisaufgabe gelangen folgende Preise gratis zur Verteilung

Vollst. Tafelservice	Wert M. 400	Sprechapparat	Wert M. 150
Gold. Herren- u. Damen-Armband-Uhren	je M. 200	Photograph. Apparat	" " 150
Stoff zum seidenen Kleide	M. 200	5 Preise	im Werte von je " 20
		20 Preise	" " " 5

Obige Hauptpreise zahlen wir auf Wunsch auch in bar.
60 000 Trosipreise im Werte von je Mk. 2.-



Schicken Sie uns noch heute Ihre Lösung im verschlossenen mit 15 Pfg. frankierten Briefumschlag unter genauer Angabe Ihrer deutlich geschriebenen Adresse. **Sie verpflichten sich zu nichts.** Spätestens innerhalb 14 Tagen erhalten Sie Nachricht, ob Ihre Lösung richtig ist. Gleichzeitig wird Ihnen der Tag der Verteilung bekannt gegeben. Der Lösung ist Rückporto für die Auskunft, d. h. für Porti, Drucksachen usw. beizufügen. Schreiben Sie sofort an **Bären-Verlag Charlottenburg 17.** 1150

Frauen u. Mädchen
 sucht 1154
Städt. Vörranlage
 Stößerstraße 19.

Mädchen
 in Haushalt und Küche erfahren,
 zum 1. Oktober oder später
 gesucht. 1093
Frau Jos. Held
 Südenstr. 24.

Städtische Sparkasse Durlach

Wir nehmen Zeichnungen auf die

siebente Kriegsanleihe

entgegen. Die Abschreibung des Zeichnungspreises in den Sparbüchern erfolgt sofort bei der Zeichnung. Die Sparbücher sind zu diesem Zwecke bei der Zeichnung vorzulegen. Die abgeschrieben Beträge werden bis zum 27. Oktober 1917, dem Tage der Einzahlung bei der Reichsbank, als Einlageguthaben verzinst, während von da ab die Verzinsung der Reichsanleihe beginnt. 976

Der Verwaltungsrat.

Nächste Badische Krieger-Geldlotterie
 Zieh. garantiert 10. Oktober
 3794 Geldgew. und 1 Prämie bar Gold
37 000 Mk.
 Mögl. Höchstgewinn
20 000 Mk.
 3268 Geldgewinne
17 000 Mk.
 Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 M.
 Porto und Liste 35 Pfg.
 empfiehlt Lotterie-Untern.
J. Stürmer
 Sträßburg i. E., Langstraße 131.
 Filiale Kehl a. Rh. Hauptstr.
Franz Pecher
 Karlsruhe,
 Zirkel 30, Gewerbehank,
 Carl Götz, Hebelstr. 11/15.

Daniels Konfektionshaus
 Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Jackenkleider M. 65.00 an
 Wintermäntel " 22.75 an
 Blüschpaleotots " 45. — an
 Wasserdröckte

Ripemäntel M. 45. — an
 Regenmantel M. 55. — an
 Schwarze Jacken 25.75 an
 Kleiderböcke M. 22.75 an
 Kindermäntel, Pelzerinen
 und Gedenmäntel
 Blusen in allen Stoffarten
 Unterröcke, schwarz u. farbig

Aus Seide!
 Jackenkleider M. 135. — an
 Jacken " 51.75 an
 Mäntel " 78.75 an
 Röcke " 36.75 an
 Blusen " 18.75 an
 Tüllblusen " 16.75 an
 — Keine Lebensspeisen. —

Menschenhaare.

Kaufe alle Sorten und jedes
 Quantum Damen- u. Herren-
 haare zu höchsten Preisen.
Richard Horn, Friseur
 Rheinstraße 30. 691

Zuverlässiger

Maschinist

kann sofort eintreten
 bei 1135
A. Brink, Brauerei
 Kaiserallee 15.

Residenz-Theater

Waldstrasse

Täglich ununterbrochen Vorstellungen von 8 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends.

Mittwoch bis einschl. Freitag.

Hann, Hein und Henny

Ein lustiges Seemannstück mit Henny Porten.

Erstaufführung!

Frank Hansens Glück.

Drama aus Jen Diamantfeldern in 3 Akten.
 Hauptdarsteller: **Viggo Larsen.**
 Uebrigere Personen: Ethel, Kitty Dewall, Georg Balken,
 Lulu Pick, Heinrich Schmidt, Rudolf Hilberg.

Das Goldfischchen.

Ein lustiger Akt 1152
 verfasst und inszeniert von **Walter Schmidhässler**
 Dora Urach in der Titelrolle.

Stierkampf.

Fröhliche Karikaturen von Kunstmaler Kiesslich.

P. T. Palast-Theater P. T.

Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11

Nur 3 Tage!

Ellen Richter

in dem grossen Filmwerk

Katharina Karaschkin

oder Märtyrer der Liebe.

Die Lebenstragödie einer Künstlerin in 4 Akten.

Ellen Richter

als Katharina Karaschkin, eine polnische Nationalsängerin.

Bruno Kastner

als Fürst Alexander Tschermingoff.

Regie: Richard Eichberg.

Wie Schnurzel zu einer Frau kam.

Lustspiel in 3 Akten.

In der Hauptrolle:

Schnurzel mit seiner Partnerin Hansi Dege. 1162

Zuverlässiger, nüchtern

Nachtwächter

zum sofortigen Eintritt gesucht. Kriegsinvaliden mit leichten Arm- u. Beinverletzungen können berücksichtigt werden. 1151

Gesellschaft Sinner

Karlsruhe-Grünwinkel.

Erdarbeiter, Handwerker

für kriegswichtige Bauten sucht: 753
 Westfälische Bau-Industrie, A.-G., Haspe i. W.
 Baubüro Freiburg (Breisgau), Bertholdstr. 55.

Selbständiges Mädchen

mit guten Zeugnissen für kleinen Haushalt gegen hohen Lohn gesucht. 1127

Schuhhaus Grika, Ludwigplatz.

Bauhilfsarbeiter

finden Beschäftigung auf hiesigen Baustellen.

Ch. & O. Hessig

Hirschstraße 40. 1155

LUXEUM

Moderne Lichtspiele. Kaiserstrasse 168.

Von Mittwoch bis Freitag.

Wildfeuer.

Drama in 4 Akten.

Der überfahrene Hut.

Aus dem Leben der Kraftfahrer.

Größere Anzahl
Bauhilfsarbeiter,
Maurer, Zimmerleute
Zementfacharbeiter

werden sofort eingestellt.

Meldungen während der Bureaustunden bis 7 Uhr abends bei

Waldor & Rank,

Gröprinzenstraße 9. 1099

Arbeiterinnen

von 14 Jahren an für leichtere und schwere Arbeit gesucht. 1130

Städt. Arbeitsamt
 Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
 Zähringerstraße 100, III.